

Leitartikel: Nach dem Gripen-Nein können die Bürgerlichen nicht so tun, als sei nichts geschehen. Realistischere Bedrohungsszenarien und Kostenbewusstsein sind jetzt gefragt.

Das Volk will eine Armee mit Mass

Patrick Feuz

So spektakulär das Abstimmungsresultat auch ist: Die Schweiz ist nach dem Nein zu neuen Kampfflugzeugen nicht weniger militärfreundlich als zuvor. Die Armee ist in der Bevölkerung solid verankert. Die allgemeine Wehrpflicht als Pfeiler des hiesigen Sicherheitssystems wurde, obwohl im restlichen Europa fast überall abgeschafft, im letzten Jahr verblüffend klar bestätigt. Sogar der exotische Brauch der Heimaufbewahrung des Sturmgewehrs hat sich bis heute gehalten.

Umso mehr müsste jetzt das Nein zum Gripen die Armeespitze, die bürgerlichen Sicherheitspolitiker und Militärminister Ueli Maurer durchschütteln. Denn es wäre zu banal, die Niederlage einzig damit zu erklären, dass bürgerliche Meinungsführer selber den schwedischen Jet vorübergehend als untauglich taxiert hatten und am Schluss, als sie ihre Einschätzung änderten, die Verunsicherung im Publikum nicht mehr wegbrachten.

Es wäre auch zu simpel, Verteidigungsminister Maurer zu beschuldigen: Das öffentliche Hin und Her um den Gripen wäre zwar kleiner gewesen, hätte er die bürgerlichen Skeptiker frühzeitig in sein Büro geholt und beruhigt, statt gereizt auf jede Kritik zu reagieren. Aber abgestürzt ist der Rüstungskauf nicht allein wegen solcher Tollpatschigkeiten und weiterer Kampagnenpannen.

Absage an Worst-Case-Denken

Nicht überzeugt haben letztlich die diffusen Bedrohungsszenarien, die den raschen Kauf neuer Jets rechtfertigen sollten: Die Mehrheit der Stimmenden fühlt sich in der Schweiz sicherer als die Armeepaner und will kein Geld für Rüstungsmaterial ausgeben, das nur in Worst-Case-Szenarien sinnvoll wäre.

Der vom Volk erteilte Auftrag, masszuhalten, gilt für die Luftwaffe, dürfte aber ebenso ein Wink an die übrige Armee sein. Dass die jährlich reservierten 300 Millionen Franken für den Gripen jetzt automatisch dem Heer zufließen sollen, wie dies bürgerliche Sicherheitspolitiker planen, ist jedenfalls eine eigenwillige Interpretation des gestrigen Abstimmungsergebnisses. Man kann nicht verlieren und so tun, als sei nichts geschehen.

Die laufende Armee reform bietet nun Gelegenheit, ehrlicher als bisher zu diskutieren, welche Bedrohungen für die Schweiz wahrscheinlich und welche eingebildet sind. Dann kommt man vielleicht zum Schluss, mehr Geld für Cyberwar-Spezialisten auszugeben als für Panzer und teure Geschütze.

Für die Luftwaffe muss Maurer eine kostengünstige Zukunft planen. Das beinhaltet, die vorhandenen 32 F/A-18-Jets schonend einzusetzen; auf Rund-um-die-Uhr-Bereitschaft ist zu verzichten, weil diese die Lebensdauer der Flugzeuge unnötig verkürzt.

Ein Gripen-Revival?

Wenn es später um den Ersatz der F/A-18 geht, ist ebenfalls auf das Geld zu achten. Einfach wird das nicht, da nach dem Nein zum Gripen bei der nächsten Auswahlrunde die teureren Rafale und Eurofighter im Vordergrund stehen werden. Aber wer weiss: Falls es den Gripen in ein paar Jahren noch gibt und die neue Version tatsächlich fliegt, kauft die Schweiz am Ende vielleicht doch noch den Schweden.